



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 21.03.2013

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heinkele
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Sonntag

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Buchmann, Kulturamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Frau Graupner, Personalrat
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Länge, Ordnungsamt Bis TOP 7
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz Ab TOP 7
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Herr Walz, Gebäudemanagement Bis TOP 3
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Flexible Nachmittagsbetreuung an Grundschulen (FNB)	40/2013
3.	Entwicklung Pflugförderschule	42/2013
4.	Änderung der Ermäßigungsregelungen für Stadthalle, Gigelberghalle, Komödienhaus, Stadtbierhalle und Freiplätze vom 21. Dezember 2009	25/2013
5.	Erhöhung der städtischen Förderung für Vereine ab dem Jahr 2013	26/2013
6.	Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Parken an Parkuhren und in Bereichen mit Parkscheinautomaten auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen	36/2013 + 36/2013-1
7.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Studentenwohnheim Karl-Müller-Straße" a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange b) Billigung	32/2013
8.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 31.12.2012	41/2013
9.	Energiepolitische Offensive - Antrag der CDU-Fraktion Energiepolitische Offensive	44/2013 + 8/2013
10.	Archivbesichtigungsreise	43/2013
11.1.	Verschiedenes - Bundesverkehrswegeplan	
11.2.	Verschiedenes - Harlem-Shake	

Die Mitglieder wurden am 08.03.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 13.03.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Hans-Peter Leicht spricht den Bebauungsplan "Studentenwohnheim Karl-Müller-Straße" an und bemängelt, dass er nach dieser Planung einen 6-stöckigen Klotz vor sein Haus bekäme. Dies bedeutete eine unerträgliche Verschattung. Im Herbst 2012 sei das Thema erstmals im Gemeinderat behandelt und von einem Glücksfall gesprochen worden, da bezahlbarer Wohnraum für Studenten geschaffen werden solle. Im INFO habe er gelesen, dass umgerechnet 17,62 Euro pro Quadratmeter Warmmiete berechnet würden, was ihm nicht als bezahlbar und studentenfreundlich erscheine. Bei ihm zahlten Studenten zwischen 10 Euro und 10,50 Euro warm je Quadratmeter. Weiter kritisiert er die geforderte Stellplatzzahl. Er fragt, warum die Verwaltung dieses Projekt derart fördere und unterstütze und äußert die Hoffnung, dass in der anstehenden Beratung noch eine Veränderung erfolge.

BM Kuhlmann erwidert, das Thema sei ausführlich diskutiert worden. Schon der aktuelle Rechtszustand ermögliche eine Bebauung in dieser Höhe. Das Land sei zu einem Stellplatznachweis verpflichtet, dem in vielen Jahren nicht nachgekommen worden sei. Durch den Grundstückstausch zwischen Stadt und Land habe man Regelungen getroffen, dass für künftige Bebauungen neue Stellplätze erstellt würden. Dies bringe eine deutliche Verbesserung der Situation. Netto erhalte man 30 Stellplätze mehr gegenüber der aktuellen Situation. Man nehme sich des Problems an, es sei aber nicht Aufgabe der Stadt, den Stellplatznachweis für Einrichtungen Dritter zu schaffen.

Zur Miete mahnt er, nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Es gehe um komplett möblierte Apartments mit Kaffeemaschine und ähnlichem sowie Zusatzräumlichkeiten. Die Nachfrage zeige den Bedarf, da schon jetzt 200 Mietinteressenten für die 100 Wohnungen gemeldet seien. Er bleibe dabei, dass es sich um einen Glücksfall für die Stadt handle. Die Herstellungskosten könne man nicht mit denen einer Eigentumswohnung vergleichen, da alle Apartments mit Nasszelle ausgestattet würden. Rechne man diese Infrastrukturmaßnahmen ein, seien in der Innenstadt circa 3 000 Euro je Quadratmeter für Eigentumswohnungen anzusetzen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 40/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 14.03.2013. Zum Thema ging ein Antrag der Freien Wähler mit Datum vom 15.03.2013 ein, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Zeidler führt aus, mit den Beschlussanträgen erziele man eine wichtige und gute Ergänzung zu den Hortangeboten, mehr Flexibilität und mehr Einflussnahme durch die Schulen.

Herr Morczinietz informiert über das bisherige Verfahren und lässt wissen, dass man in Entwicklung der Vorlage mit den Schulleitern gesprochen habe, die letztendliche Vorlage aber nicht vorab den Schulleitern zur Verfügung gestellt habe, was von diesen kritisiert worden sei. Die Irritationen seien mittlerweile größtenteils ausgeräumt. Es bestehe Konsens zum Baukastensystem und Einigkeit, die flexible Nachmittagsbetreuung anzubieten. Dabei seien maximal 15 Wochenstunden zulässig, die von den Schulleitern flexibel, orientiert an den Bedürfnissen der Eltern angeboten werden könnten. Der Hinweis von Schulleitungen, dass 16 Stunden erforderlich wären, um von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 13 bis 16 Uhr ein Angebot machen zu können, werde zum gegenwärtigen Zeitpunkt angesichts der geringen Kinderzahlen als überzogen angesehen. Dies zumal deshalb, weil es sich bei diesem Angebot dann um keine flexible Nachmittagsbetreuung mehr handeln würde, sondern eine Hortbetreuung, die einer Betriebserlaubnis bedürfte, für die Fachkräfte eingesetzt werden müssten und eine Mindestfläche benötigte, sprich die mehr Betriebs- und Personalkosten bedeuten würde. Sollten die Schülerzahlen steigen, könne man immer noch auf dieses Hortangebot wechseln. Der zweite Dissens bestehe darin, dass an einzelnen Schulen von 12 bis 13 Uhr eine Kollision mit dem Mittagessen erfolgen könne, wobei man davon ausgehe, dass in diesen Fällen ein früheres Mittagessenangebot gewünscht werde. Das Angebot der Verlässlichen Grundschule gehe bis 13 Uhr und die flexible Nachmittagsbetreuung starte um 13 Uhr. Mit einer Vorverlegung um eine halbe Stunde sei eine Doppelbesetzung möglich, das Angebot ende dann entsprechend früher. Ein weiterer Dissens bestehe bei der Geschwisterkindregelung, die nach Meinung mancher schon ab dem zweiten Kind gelten solle. Der Vorschlag der Verwaltung gehe analog der Verlässlichen Grundschule erst beim dritten Kind von einer Geschwisterkindregelung aus.

StR Abele zeigt sich überrascht von den Irritationen und meint, eine Abstimmung mit den Schulleitungen sollte künftig rechtzeitig stattfinden. Es sei problematisch für den Gemeinderat, wenn man einen Tag vor der Entscheidung mit derartigen Problemen konfrontiert werde. Er mahnt mehr Sensibilität an.

Zur Vorlage signalisiert er die Zustimmung der CDU-Fraktion, sofern die Schulleitungen zustimmen. Die flexible Nachmittagsbetreuung bezeichnet er als wichtiges Thema, auch wenn die tatsächlichen Nutzerzahlen geringer als erwartet seien. Man schaffe dann die Grundlage für eine weitere Entwicklung. Als wichtig bezeichnet er es ferner, die Innenstadtentwicklung zu beobachten. Eine Ferienbetreuung könne nach Meinung der CDU-Fraktion nicht dezentral an jeder Schule erfolgen, man müsse aber über ein zentrales Angebot nachdenken. Er bittet die Verwaltung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Zur Geschwisterkindregelung bittet er die Fallzahlen und die Beträge mitzuteilen und hierüber in einer der nächsten Sitzungen zu diskutieren. Was die eine Stunde Dissens betreffe, könne man dem Fachamt folgen. Ein Vorziehen der flexiblen Nachmittagsbetreuung um eine Stunde mache nach Meinung der CDU-Fraktion keinen Sinn.

OB Zeidler unterstreicht, der Einstieg ins Thema sei richtig und das "Feintuning" regle die Verwaltung.

StRin Kübler sieht mit dem Beschluss einen notwendigen Schritt in Richtung familienfreundliches Biberach, der auch den Auftrag des Gemeinderats aufgreife, ein Gesamtkonzept zur Kinderbetreuung in Angriff zu nehmen. Durchgängige Betreuungsangebote seien ein immer wichtigerer Attraktivitätsgewinn für die Stadt und die Unternehmen und ein wichtiger Standortfaktor. Sie dankt den Pionieren in den Ortsteilen für die Aufbauarbeit. Die Betreuungsbausteine beurteilt sie positiv.

Das Schreiben der Schulleiter verdeutliche, wie wichtig Vorabgespräche seien, weshalb diese von ihr auch im Hauptausschuss eingefordert worden seien. Sie bezeichnet ein praktikables und umsetzbares Konzept als wichtig, weshalb mit den Schulleitungen das vorgeschlagene Modell nochmals überprüft und das letztliche Ergebnis in einer Vorlage dargestellt werden solle. Der Start zum Schuljahr 2013/2014 sei wichtig. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei die Ferienbetreuung, da Urlaubstage nicht ausreichend seien, um Ferienzeiten abzudecken. Man denke vor allem an die kleinen Ferien und meine, dass ein zentrales Angebot an einer Schule machbar sein müsste. Sorge bereite die Gewinnung des nötigen Personals.

Dem Antrag der Freien Wähler, Gespräche mit dem Kinderschutzbund zu suchen, könne man zustimmen.

Sie weist auf das Jugendleiterprogramm und mögliche Förderzuschüsse hin, an dem 324 Grundschulen in Baden-Württemberg beteiligt seien. Sie bittet zu prüfen, ob auch die Stadt Zuschüsse erhalten könnte.

Die Gebühren stuft sie als bezahlbar ein. Dass die Geschwisterermäßigung erst ab dem dritten Kind gelte, habe man im Hauptausschuss thematisiert, da man vor allem Eltern erreichen wolle, die aus finanziellen Gründen berufstätig sein müssten.

StR Heinkele meint, das Amt für Bildung, Betreuung und Sport habe ein familienfreundliches Betreuungspaket geschnürt, das den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung trage und die richtigen Rahmenbedingungen schaffe. Warum mit den Schulleitungen die Lösungen nicht erörtert worden seien, entziehe sich seiner Kenntnis. Er halte aber Gespräche für die Akzeptanz bei den Schulleitern für wichtig. Hohe Akzeptanz sei generell wichtig, weshalb man wie die CDU-Fraktion unter der Voraussetzung zustimme, dass mit den Schulleitern noch das Gespräch gesucht werde.

Da die Beschlüsse zu einer Erhöhung der Nachfrage zur flexiblen Nachmittagsbetreuung führen würden, könne man sich gut vorstellen, dass der Kinderschutzbund mit seinen geschulten Kräften diese Nachfrage teilweise befriedigen könnte. Hieraus resultiere der Antrag der Freien Wähler, mit dem man auch Doppelstrukturen vermeiden wolle.

StR Späh bezeichnet die Irritationen als verständlich, meint aber, wenn eine Vorlage im Hauptausschuss nichtöffentlich behandelt werde, könne man sie nicht vollumfänglich vorab mit Dritten besprechen. Den Antrag der Freien Wähler sieht er als guten Gedanken, um die Möglichkeiten des Kinderschutzbundes in Gesprächen auszuloten. Die Grünen hielten zeitnahe Gespräche zu Angeboten in der Kernstadt und zur Ferienlösung für notwendig. Man müsse die Entwicklung im Blick behalten und bei Bedarf anpassen. Was die Geschwisterkindregelung betreffe meint er, dass es

sicher nur um wenige Fälle handle, weshalb er fragt, ob man nicht wie gefordert die Geschwisterkindregelung ab dem zweiten Kind anwenden könne.

StR Funk bezeichnet die Vorlage als gut. Die Geschwisterkindregelung müsse man generell betrachten, also auch bezüglich der Krippen und Kindergärten, um möglichst eine einheitliche Lösung zu haben. Dem Antrag der Freien Wähler stimme die FDP-Fraktion zu.

StR Deeng meint, die Teilorte seien bei der flexiblen Nachmittagsbetreuung auf einem guten Weg. Er gibt aber zu bedenken, dass eine so wichtige Vorlage auch im Ortschaftsrat hätte behandelt werden müssen. Dann hätte auch im Vorfeld mit den Schulleitungen diskutiert werden können, welche Möglichkeiten die Grundschulen hätten, doch ein 16-Stunden-Angebot zu machen.

OB Zeidler mahnt, diese eine Stunde mehr nicht bedeutender zu machen als sie sei. Durch eine flexible Angebotsgestaltung könne man sicher das eigentlich gewünschte Ziel erreichen.

StR Kolesch meint, mit dieser Regelung steige man in ein flächendeckendes Angebot ein. Er bezeichnet den modulhaften Aufbau als sehr gut und meint, einen ähnlichen Aufbau hielte man auch für die Kindergartengebühren für möglich, damit klar werde, dass derjenige mehr bezahlen müsse, der mehr Leistungen in Anspruch nehme, wobei natürlich Sozialkomponenten berücksichtigt werden müssten. Insgesamt seien einheitliche Regelungen von der Krippe bis zur Schule erforderlich. Nur der Betreuungsbaustein 4, die Hortbetreuung, falle bisher aus dem Rahmen, da hier einkommensabhängige Gebühren verlangt würden.

OB Zeidler erwidert, die Arbeitsgemeinschaft Kindergarten werde am 11. April wieder ihre Arbeit aufnehmen. Er gehe davon aus, dass verwaltungsintern ein Gebührenvorschlag erarbeitet werde.

Ortsvorsteher Boscher bringt vor, nach Auskunft der Rektorin der Grundschule Ringschnait sei die vorgesehene Bausteinregelung nicht praktikabel. Eine Lösung mit Bausteinen über tagweise Nutzung wäre ihres Erachtens besser.

Herr Morczinietz legt erneut dar, das 15 Wochenstundenkontingent könne flexibel orientiert an den Elternwünschen auf die Wochentage verteilt werden. Bei steigenden Kinderzahlen habe man die Möglichkeit, mehr als eine Gruppe zu bilden und dann könnten die Kinder so verteilt werden, dass einzelne Tage gebucht würden. Daher plädiere er dafür, wie vorgeschlagen klein zu beginnen und mit steigenden Kinderzahlen das Angebot auszubauen.

OB Zeidler unterstreicht, in Remshalden habe man in beiden Gruppen nahezu 50 Kinder gehabt und nicht nur 10 oder 12 wie in Biberach. Mit steigender Kinderzahl werde man das System natürlich flexibler gestalten. Aktuell müsse man Aufwand und Ertrag etwas im Auge behalten.

Ortsvorsteher Boscher meint, vielleicht könnten sich die Schulleitungen mit dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport zusammensetzen und die Möglichkeiten besprechen.

StR Weber bringt vor, Mettenberg sei stolz, dass es gelungen sei, eine Nachmittagsbetreuung anzubieten.

Herr Morczinietz lässt auf Frage wissen, das Betreuungspersonal sei bei der Stadt angestellt. Man handhabe es in allen Betreuungseinrichtungen so, dass man eine enge Kommunikationsbindung zwischen den Betreuungskräften und den Einrichtungen pflege. Erstansprechpartner für die Be-

treuungskräfte seien die Schulleitungen und wenn eine Regelung vor Ort nicht möglich sei, schalte sich das Fachamt ein.

OB Zeidler schlägt vor, die Beschlussanträge 1 bis 4 zu beschließen, wobei bei der Geschwisterkindregelung die Verwaltung beauftragt werde, die entsprechenden Zahlen zu erheben und zur endgültigen Beschlussfassung dem Gemeinderat vorzulegen. Ferner stehe der Beschluss unter dem Vorbehalt eines Plazets der Rektoren. Sofern größerer Nachjustierungsbedarf bestehe, werde das Thema erneut ins Gremium eingebracht. Der Antrag der Freien Wähler sollte seines Erachtens auch aufgegriffen werden und Bestandteil des Beschlussantrags sein.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die "Flexible Nachmittagsbetreuung" wird an den Grundschulen in den Teilorten über das lfd. Schuljahr 2012/13 hinaus unbefristet fortgeführt, sofern die festgelegten Rahmenbedingungen gem. Ziff. 3.4 von Drucksache Nr. 40/2013 erfüllt werden.**
- 2. Der Einführung der "Flexiblen Nachmittagsbetreuung" an den Grundschulen der Kernstadt wird zugestimmt, sofern dort Bedarf besteht und die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben sind bzw. geschaffen werden können. Über die konkrete Einführung entscheidet der Gemeinderat im Einzelfall.**
- 3. Den unter Ziff. 3.4 in Drucksache Nr. 40/2013 genannten Rahmenbedingungen wird zugestimmt.**
- 4. Den unter Ziff. 3.5 in Drucksache Nr. 40/2013 genannten Elternbeiträgen in Höhe von 15 € monatlich für Betreuungsbaustein 2 und 35 € mtl. für Betreuungsbaustein 3 wird zugestimmt. Nehmen mehr als 2 Kinder einer Familie gleichzeitig an der Betreuung im Rahmen der Flexiblen Nachmittagsbetreuung teil, wird für diese Kinder kein Entgelt erhoben (Geschwisterermäßigung analog der Verlässlichen Grundschule).**
- 5. Die Verwaltung erhebt die Zahlen zur Geschwisterkindregelung und teilt diese dem Gremium mit. Die vorgenannten Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt, dass die betroffenen Rektoren den Regelungen zustimmen. Sofern größerer Nachjustierungsbedarf besteht, wird das Thema erneut dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt.**
- 6. Die Verwaltung prüft, ob Leistungen des Kinderschutzbundes bei der flexiblen Nachmittagsbetreuung für die Betreuungsbausteine verwendet werden können.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 42/2013 zur Information vor.

StR Abele bezeichnet den zeitlichen Aufschub als positiv, was aber nicht dazu führen dürfe, dass die Verwaltung das Thema vernachlässige. Die CDU-Fraktion wolle gerne an der Sonderschule festhalten, deren pädagogisches Konzept einzigartig sei und den Kindern Förderung und Unterstützung biete. Man stehe daher auch voll hinter der Schulleitung. Entscheidungen in schulischen Angelegenheiten sollten immer in Absprache mit den Schulen erfolgen und nicht gegen deren Willen. Die priorisierte Rückkehr ins Schulgebäude müsse nach dem Umzug in die Memelstraße dezidiert betrachtet werden. Er begrüßt die Offenheit der Mali-Schule, eigene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Überrascht habe die Aussage zum Schadensbild der Schule, da man gedacht habe, sie sei intensiv untersucht worden.

StR Lemli dankt für die kurze und informative Vorlage und mahnt ebenfalls an, eng mit Betroffenen und Schulleitern zusammenzuarbeiten und auf ihre Vorstellungen zu hören. Er gehe davon aus, dass keine Trennung zwischen Sekundar- und Primarstufe erfolge. Das vorgesehene weitere Vorgehen erscheine schlüssig und sollte zügig erfolgen.

StR Zügel hält eine politische Bewertung für erforderlich, da die Verwaltung eine 180 Grad Wendung vollziehe, die genau begründet werden müsse. Da jetzt der Erhalt der Förderschule in Rede sei, benötige man auch eine Nachfolge in der Schulleitung und ein Raumprogramm. Dies stehe im Widerspruch zu den Absichten der Landesregierung. Diese Divergenz müsse aufgelöst werden und in der nächsten Vorlage müsse dargelegt werden, wie das Raumkonzept aussehen könnte.

StR Späh meint, langfristig müsse sicher die Frage der Schulentwicklung geklärt werden.

StR Funk dankt für die gute Vorlage und erinnert daran, dass ein Schulentwicklungskonzept zugesagt worden sei, mit dem man über die Struktur der Grundschulstandorte entscheide.

StRin Drews meint, ihres Wissens sei keine Auflösung der Sonderschulen vom Land geplant, sondern Inklusion solle dort wo sinnvoll und möglich stattfinden. Die Möglichkeit des Erhalts einer Förderschule in großen Städten wie Biberach stehe dabei offen.

BM Kuhlmann lässt wissen, zum Schadensbild der Pflugschule habe man Erhebungen durchgeführt in den Jahren 2003/2004, aber die Infrastruktur sei nicht umfassend untersucht worden. Mängel bestünden im Elektrobereich, bei der Heizung und in Sanitäreinrichtungen. Der Einzug der neuen Förderschule im Jahr 2015 funktioniere vermutlich noch nicht und es sei auch noch nicht klar, ob Umbaumaßnahmen erforderlich seien. Über einen Anbau wolle man aktuell nachdenken. Derartige Überlegungen stelle man erst nach dem Umzug der Mali-Schule an.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 25/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 14.03.2013. Zur Beratung wird auch Drucksache Nr. 26/2013 aufgerufen. Die Beschlussfassung hierzu ist jedoch beim nachfolgenden Punkt festgehalten.

StR Dr. Schmid äußert deutliche Bedenken und stellt ein Ungleichgewicht zwischen etablierten und anderweitig Kulturschaffenden fest. Letztere hätten kaum Möglichkeiten, Räumlichkeiten zu buchen. 96,5 Prozent der Fördermittel gingen an Traditionsvereine und nur 3,5 Prozent stünden für sonstige kulturelle und soziale Vereine zur Verfügung. Er mahnt, auch kulturschaffende Vereine im zweiten und dritten Glied zu berücksichtigen und dass die Verwaltung sich für andere Vereine öffne. Denn die starke Gewichtung der Tradition komme fast einem kulturellen Ausschluss anderer Vereine gleich. Er wirft daher die Frage auf, wie die Hallenbelegung ausgewogener gestaltet werden könne, um kulturelle Tradition zu wahren und Neues zu wagen.

Herr Dr. Riedlbauer spricht von der Quadratur des Kreises und meint, es bestehe durchaus ein ausgewogenes Verhältnis zwischen gewachsener Tradition und Neuem und es liege kein "Closed Job" vor. Neben dem Dramatischen Verein, der Jugendkunstschule und dem Schützentheater fänden viele neue Präsentationsformen Platz. Neue Möglichkeiten böten sich auch mit dem Räumlichen Bildungszentrum, in dem man einen voll ausgestatteten Raum habe, der auch für Theateraufführungen genutzt werden könne. Im übrigen stehe es jedem frei, Wünsche an das Kulturamt zu richten. Jeder Wunsch werde bearbeitet, dies habe aber einen entsprechend langfristigen Vorlauf.

StR Hagel empfindet die Vorlagen als unproblematisch und sieht keine Alternative. Was die gerechte Raumvergabe betreffe, verlasse man sich auf die Verwaltung.

Für StRin Kübler ist wichtig, dass die neue Lösung von den Vereinen akzeptiert werde. Die neue Regelung bringe mehr Transparenz.

StR Funk sieht keinen Automatismus, dass die Verwaltung immer alles richtig mache. Wenn Herr Dr. Schmid eine Veränderung wünsche, solle er einen Antrag stellen, über den entschieden werden könnte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Dr. Schmid, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der in Anlage 1 von Drucksache Nr. 25/2013 beigefügten Änderung der Ermäßigungsregelungen für Stadthalle, Gigelberghalle, Komödienhaus, Stadtbierhalle und Freiplätze rückwirkend zum 01.01.2013 zu.

Dabei kommt es zu folgenden Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen:

- a) Die 100 % Ermäßigungstatbestände für die Nutzung der Stadthalle werden für Bühnenproduktionen (bisher Ziffer 1 c), den Dramatischen Verein Biberach e. V. (bisher Ziffer 1 d), die Schützendirektion (bisher Ziffer 1 e), Jugend Aktiv e. V. (bisher Ziffer 1 g), Biberacher Filmfestspiele e. V. (bisher Ziffer 1 h) und der Biberacher Musiknacht e. V. (bisher Ziffer 1 i) rückwirkend zum 01.01.2013 ersatzlos gestrichen.**
- b) Die Anzahl der ermäßigten Ausstellungen für den Kunstverein Biberach e. V. im Komödienhaus wird von bisher drei auf vier Ausstellungen pro Jahr bis zu einer Dauer von jeweils 5 Wochen erhöht (bisher Ziffer 1 f).**
- c) Die Ermäßigungsregelungen für besonders förderungswürdige kulturelle, sportliche oder soziale Projekte nichtkommerzieller Veranstalter werden dahingehend präzisiert, dass die Betragsgrenzen der Ziffer 5.4 des Zuständigkeitsverzeichnisses analog gelten.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 26/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 14.03.2013.

Die Diskussion fand beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt, Drucksache 25/2013 statt und ist dort festgehalten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Dr. Schmid, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stadt Biberach fördert und unterstützt Bühnenproduktionen von Biberacher Vereinen in der Stadthalle entsprechend Ziffer 2 zur Begründung der Vorlage, Drucksache Nr. 26/2013.**

Dazu gehören insbesondere die Produktionen des Dramatischen Vereins und der Jugendkunstschule. Darunter fallen auch das Schützentheater und die Heimatstunde der Schützendirektion.

- 2. Die Stadt Biberach fördert und unterstützt darüber hinaus besonders herausragende Veranstaltungen von Vereinen in der Stadthalle, soweit diese auch im Interesse der Stadt sind. Die Förderung richtet sich nach Ziffer 3 zur Begründung der Drucksache Nr. 26/2013.**
- 3. Die hierfür voraussichtlich erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 142.020,00 € werden außerplanmäßig zur Verfügung gestellt und über eine zusätzliche Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage finanziert.**

**TOP 6 Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Parken an Parkuhren
und in Bereichen mit Parkscheinautomaten auf öffentlichen Straßen,
Wegen und Plätzen**

**36/2013
+ 36/2013-1**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 36/2013 zur Beratung vor. Die Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses vom 14.03.2013 und des Bauausschusses vom 11.03.2013 spiegeln sich in Drucksache Nr. 36/2013-1 wider, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

StR Deeng fragt, warum man auf Grund des hohen Parkdrucks im Bereich BSZ und Hans-Liebherr-Straße den Erlenweg nicht in die Zone 3 einbezogen habe.

StR Lemli bringt vor, in § 4 der Satzung sei der Marktplatz aufgeführt, in § 5 dagegen nicht.

Frau Länge trägt vor, im Jahr 2010 sei die Verwaltung im Rahmen der Beratung über das Räumliche Bildungszentrum aufgefordert worden, die Parkgebührenbewirtschaftung zu überarbeiten. Dabei sei der Erlenweg nicht im Gespräch gewesen und daher habe man sich auf die Hans-Liebherr-Straße konzentriert. Für die aktuelle Baustelle seien 70 Stellplätze erforderlich, wovon 52 in der Hans-Liebherr-Straße und ca. 17 vor der Gaststätte "Serafino" in Anspruch genommen würden. Auch bei anderen großen Baustellen würden öffentliche Stellplätze für Baufahrzeuge gesperrt, wenn dies für die Baumaßnahme erforderlich sei, da diese Vorrang habe. Die Bewirtschaftungszeiten für den Marktplatz seien geregelt. Auf Nachfrage von StR Deeng empfiehlt sie die Entwicklung abzuwarten, bis die Schule ihren Betrieb aufgenommen habe. Dann könne man gegebenenfalls die Zone 3 ausweiten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Parken an Parkuhren und in Bereichen mit Parkscheinautomaten auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen auf dem Gebiet der Stadt Biberach an der Riß zu (siehe Anlage zu Drucksache Nr. 36/2013-1).**
- 2. Die Parkplätze der Parkgebührenzone III werden nach Abschluss der Bauarbeiten des Räumlichen Bildungszentrums (RBZ) bewirtschaftet.**

TOP 7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Studentenwohnheim Karl-Müller-Straße"
a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
b) Billigung

32/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 32/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 11.03.2013.

BM Kuhlmann erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass vom höchsten angrenzenden Punkt aus gemessen die Traufhöhe 11 Meter betrage. Die aktuelle Planung ermögliche bereits eine höhere Firsthöhe für das Gebiet bis auf eine Stelle. Die Verschattungssituation verändere sich nicht gegenüber dem aktuell gültigen Bebauungsplan, sondern sei gleichbleibend schlecht.

StR Kolesch verweist auf die ausführliche öffentliche Vorberatung im Bauausschuss, meldet sich aber dennoch zu Wort, da von betroffenen Bürgern in der Bürgerfragestunde Einwendungen vorgebracht worden seien. Im Bauausschuss habe er auf die Nachteile des Gebäudes Karl-Müller-Straße 5 hingewiesen aber auch dargelegt, dass von Vorteil sei, dass bei einem so massiven Baukörper relativ wenig Bürger negativ betroffen seien. Dies sei kein Trost für den einzigen Betroffenen, vom Gemeinderat werde aber eine Gesamtabwägung gefordert. Im Gemeinderat komme die ständige Forderung vor allem von den Grünen nach einer maximalen Grundstücksausnutzung, einer Innenverdichtung und möglichst so zu bauen, dass Bürger kein Auto benötigten. Ferner werde über zu wenig Wohnraum geklagt. Das Vorhaben komme all diesen Forderungen nach. Bei fast jedem Bebauungsplan habe man negativ Betroffene. Die Eigentümer hätten bis jetzt den Vorteil gehabt, keinen Nachbarn zu haben, obwohl dieser laut Bebauungsplan möglich gewesen wäre.

Auch StR Dr. Nuding meint, es handle sich um einen typischen Abwägungsvorgang. Eine Brache werde bebaut. Die Stellplatzproblematik sei nicht lösbar und leider habe sich das Studentenwerk nicht um das Grundstück beworben. Über den geplanten vorhabenbezogenen Bebauungsplan habe man immerhin die Festlegung getroffen, dass es eine Nutzung für Studenten werden müsse.

StR Zügel bezeichnet die Nachverdichtung, die Investorinteressen und Interessen von Anwohnern als wichtig und in der politischen Abwägung zu berücksichtigen, was erfolgt sei. Die Freien Wähler stimmten zu. Wenn eine Nachoptimierungsmöglichkeit bestehe, dann bei den Parkplätzen. Er bittet zu versuchen, in diesem Bereich eine bessere Lösung zu finden, da der Parkdruck zunehmen werde.

StR Weber bestätigt, die Grünen seien für verdichtetes Bauen, es müsse aber auch eine Abwägung erfolgen. Daher habe man ein Lattengerüst gefordert, um die Dimension erleben zu können. Einen Vergleich mit Waldschatten könne man nicht herstellen, da Waldschatten etwas anderes sei als ein Gebäudeschatten. Parkplätze seien für die Grünen nebensächlich, es wäre aber ein Entgegenkommen, die Parkplätze unter dem Gebäude wegzulassen, was er als Anregung vorträgt.

StR Funk kündigt an, die FDP-Fraktion werde sich als kleines Signal enthalten, dass man keine Zustimmung aufgrund der Gebäudehöhe erteile. Man meine, dass im vorderen Bereich ein Stock weniger möglich gewesen wäre. Es habe Biberach nicht gut getan, alles immer ganz auszureizen. Als Beispiel nennt er das Biber-Areal. Die Parkplatzsituation müsse man beobachten. Nicht jeder sei so konsequent wie StR Weber und nutze das Fahrrad.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Enthaltungen (StRe Bode, Funk, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Abweichend zum Aufstellungsbeschluss vom 24.09.2012 erstreckt sich der räumliche Geltungsbereich auf den im Plan des Stadtplanungsamtes vom 24.10.2012 Plan Nr. 12-028 umrandeten Bereich.**
- 2. Die nachfolgenden Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange werden gebilligt.**
- 3. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan „Studentenwohnheim Karl-Müller-Straße“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 12-028 vom 05.02.2013 Index 1 im Maßstab 1 : 500 mit Textteil und örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 41/2013 zur Information vor.

EBM Wersch führt aus, das Jahresergebnis werde allem Anschein nach hervorragend.

StR Hagel führt aus, stark steigende Steuereinnahmen seien erfreulich, da dies aber nicht so bleiben müsse sei es gut, die Rücklagen um 10 Mio. Euro zu stärken. Als ebenso erfreulich bezeichnet er eine Reduzierung der Personalausgaben um fast 400.000 Euro. Dennoch werde man diese Ausgabenposition künftig besonders beobachten. Er hat noch einige Fragen, die Frau Leonhardt im nachfolgenden beantwortet und dankt den Erblässern für die erhaltene Erbschaft.

Die Einkommensdecke der Stadtwerke Biberach und der e.wa riss wirkten sich auf der Ausgaben-seite negativ aus, dies sei aber nicht vermeidbar. Er fragt, wann die Verlegung der Tourist-Information ins Rathaus geplant sei.

Zusammenfassend stellt er klar, der Haushalt sei sehr gut und die CDU-Fraktion stehe zum Investitionsplan. Man mahne aber zur Vorsicht. Die dargestellte Entwicklung der Rücklagen sei durch die aktuellen Zahlen deutlich überholt und die Schwarzmalerei, dass die Rücklagen mittelfristig gegen Null tendierten, komme zum Glück nicht zum Tragen. Vielmehr habe man einen Rekordstand von 140 Mio. Euro und somit Entwicklungspotential entsprechend den Vorgaben aus der Kulturklausur. Wichtig seien die Werterhaltung von Investitionen und Ersatzbeschaffungen, was Vorrang vor Neuem habe, um die Folgekosten gering zu halten. Er appelliert an die Fraktionen, nicht vor der Kommunalwahl ein Wunschkonzert zu veranstalten.

StRin Kübler bezeichnet die Entwicklung mehr als zufriedenstellend durch die staatlich höheren Gewerbesteuererinnahmen, hohe Grundstückserlöse und geringere Personalausgaben. Biberach sei damit in einer glänzenden Lage. Erfreulich seien aber auch die zunehmenden Zuschüsse der Landesregierung und die geringere FAG-Umlage. Aus der Vorlage sei auch erkennbar, dass es den Biberacher Unternehmern sehr gut gehe. Die starke Grundstücksnachfrage bedeute aber auch, dass die Infrastruktur sich weiter entwickeln müsse, z. B. im Bereich Bildung und Betreuung. Durch die Rücklagenstärkung habe man ein gutes Finanzpolster im Rücken.

StR Zügel schließt sich den mahnenden Worten seiner Vorredner an.

Die Vorlage verschlage den Atem meint StR Späh. Er bezeichnet den Substanzerhalt besonders im ökologischen Bereich als wichtig und appelliert, das Ziel einer nachhaltigen Stadt, das gut finanzierbar sei, weiter zu verfolgen. Die Personaleinsparungen seien bemerkenswert. Angesichts von Widersprüchen gegen die Vergnügungssteuer fragt er, wie wahrscheinlich die geplanten Mehreinnahmen seien. Da die Kreisumlage vermutlich auch gesenkt werde, ergebe sich unter Umständen eine weitere positive Entwicklung für die Stadt.

Frau Leonhardt lässt wissen, die Widersprüche zur Vergnügungssteuer seien noch anhängig, die Mehreinnahmen 2012 seien aber sicher. Im Zuge der Jahresrechnung werde eine Einzelaufstellung zu den Rückstellungen vorgelegt. Es handle sich um viele kleinere Maßnahmen.

Herr Dr. Riedlbauer kündigt einen ausführlichen Bericht anlässlich des Auslaufens des Budgets zur Information an. Das Budget sei grundsätzlich auf die Erwirtschaftung von Überschüssen ausgerichtet. Die ausgewiesene Summe sei die kumulierte Darstellung bezogen auf den gesamten Budgetzeitraum. 140.000 Euro seien davon lediglich vom Jahr 2011 auf 2012 erwirtschaftet worden. Er nennt weitere Faktoren die zu den Überschüssen geführt hätten, die mittlerweile aber wieder abgeschmolzen seien.

EBM Wersch stellt fest, offensichtlich sei das Kulturbudget äußerst auskömmlich.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegte Drucksache Nr. 44/2013, sowie der Antrag der CDU-Fraktion vom 22.02.2013, Antrag Nr. 8/2013, der als **Anlage 2** beigelegt ist, zur Beratung vor.

StR Abele zeigt sich erfreut, dass der Antrag von der Verwaltung positiv aufgenommen werde. Der Antrag habe etwas mit dem Selbstverständnis des politischen Handelns zu tun. Es sei Aufgabe einer Fraktion, Entwicklungen und Tendenzen aufzunehmen, die in der Gesellschaft stattfinden und diese auf den politischen Weg zu bringen. Man wolle Bewegung in Themen bringen. Aktuell würden zwei Themen diskutiert, die auf Fraktionsanträge zurück gingen. Einmal sei dies die energiepolitische Offensive und zum anderen kündigt er für den Folgetag einen Antrag auf Rückübernahme des Wassernetzes an. Was die energiepolitische Offensive betreffe, wolle man das Thema im Gemeinderat vorantreiben und es nicht Investoren überlassen. Bei der Nahwärmeversorgung habe man dies versucht, sei aber nicht so erfolgreich gewesen. Auch dieses Thema müsse weiter betrieben werden. Ökologisches preiswertes Bauen habe man im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen, weshalb dieser Antrag als unschädliche Abrundung zu sehen sei.

StR Keil bezeichnet die Bündelung von Fraktionsanträgen als positiv. Es spricht das Gebäudekataster an und bezeichnet dieses als sehr wichtig. Was das Thema nachhaltiges Bauen betreffe verzeichne man bei manchen Bauherren noch immer ein Defizit. Daher sei Aufklärung über Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Dabei müsse auch die e.wa riss ins Boot genommen werden und für ihr Image etwas Gutes getan werden. Ferner bezeichnet er die Luftqualität als wichtig und dass dafür vieles getan werden müsse. Weg von fossilen Rohstoffen zu kommen sei gut und sichere sogar den sozialen Frieden.

StR Späh bemerkt, die Grünen freuten sich über den Antrag und dass das Thema endlich angekommen sei. Das Thema European-Energy-Award sei bislang von den meisten Gemeinderäten mit nur wenig Begeisterung angenommen worden. Umso mehr freue nun der Antrag. Er appelliert alles zu nutzen und mit Fantasie die Energiewende auf einen guten Weg zu bringen.

StR Funk meint, die FDP freu sich über CDU-Anträge und stimme schnell zu, damit man schnell wieder die eigentliche Arbeit aufnehmen könne. Die Stellungnahme der Verwaltung sei sehr gut, da deutlich werde, dass alles, was im Antrag stehe, vom Gemeinderat schon beschlossen worden sei. Die FDP-Fraktion habe auch immer dafür geworben, dass kein politischer Aufsichtsrat bestehe und finde es daher ganz wichtig, dass der OB wieder im Aufsichtsrat vertreten wäre, denn er habe auch gute Verbindungen zu EBM Wersch dem Aufsichtsratsvorsitzenden. Er äußert den Wunsch, einmal über das Modell Leutkirch zu informieren und ob es auch für Biberach anwendbar wäre.

StR Zügel meint, der Gemeinderat habe die Aufgabe einen Spagat zwischen Ökologie und Ökonomie zu leisten. Eine verlässliche Energieversorgung sei für die Firmen erforderlich und gleichzeitig solle Biberach in seiner Ökologie erhalten werden. Da man sich im Gemeinderat in dieser Thematik einig sei, sei vieles vom CDU-Antrag schon häufig diskutiert worden. Der Antrag gehe in die richtige Richtung, weshalb man zustimme.

StR Abele bringt vor, es existiere noch kein Gemeinderatsbeschluss zu einer nachhaltigen Stadt Biberach. Das Thema sei zwar mehrfach im Aufsichtsrat besprochen werden, im Gemeinderat

jedoch noch nicht. Gleiches gelte für die Windenergie, bei der man sich nur über mögliche Flächen unterhalte habe, aber nicht dass die Stadt sich mit der EnBW um das Thema kümmern solle.

Ohne weitere Aussprache wird dem Antrag der CDU-Fraktion einstimmig **zugestimmt**.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 43/2013 zur Information vor.

StRin Kübler dankt für das schnelle Aufgreifen des Themas. Nach der Reise werde man hoffentlich einen weiteren Schritt Richtung Entscheidung sein. Sie macht darauf aufmerksam, dass am 3. Mai eine Sitzung des Gestaltungsbeirats sei, weshalb ein Verschieben auf den 3. Mai wie von der Verwaltung mitgeteilt nicht günstig wäre.

OB Zeidler lässt auf Frage von StR Späh wissen, dass auch nur eine teilweise Teilnahme möglich sei.

TOP 11.1 Verschiedenes - Bundesverkehrswegeplan

StR Deeng zeigt sich erstaunt, dass die B312 im aktuellen Bundesverkehrswegeplan komplett fehle. Er appelliert an die Verwaltung, auf das Land zuzugehen, da sonst bis 2030 mit Ringschnait nichts mehr liefere. Man müsse kämpfen.

OV Boscher unterstreicht dies und bittet die Stadt, zusammen mit dem Landkreis den Kontakt zum Regierungspräsidium zu suchen.

BM Kuhlmann lässt wissen, der Termin beim Regierungspräsidium stehe und man werde auf eine zügige Realisierung drängen. Die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans gestalte sich schwieriger. Dieser sei kritisch formuliert und die Umfahrungen Ringschnait und Ochsenhausen würden sehr schlecht bewertet. Man müsse daher in Berlin an Stuttgart vorbei dafür kämpfen, dass diese Maßnahmen im Bundesverkehrswegeplan enthalten blieben. Problem sei, dass die Landesregierung mittlerweile andere Kriterien definiere. Die Studien zur Umweltverträglichkeitsprüfung werde man unabhängig zur Bundesentwicklung weiter betreiben.

StR Kolesch unterstreicht die Bedeutung dieser Verbindung und bittet um Zusicherung der Verwaltung, in der Folgeweche mit voller Kraft sich für die Objekte einzusetzen. Er bezeichnet es als Skandal, dass die Landesregierung Planungen ohne Abstimmung mit den Kommunen ändere. Dies bedeute eine Benachteiligung des ländlichen Raums und die Folgen wären in 10 bis 20 Jahren zu spüren.

TOP 11.2 Verschiedenes - Harlem-Shake

StR Keil dankt der Stadtverwaltung für die deutliche Aufklärung zur gedachten Konzertveranstaltung "Harlem-Shake". Die Eltern seien sehr besorgt gewesen, dass ohne Rücksicht auf musizierende Kinder des Jugendsymphonieorchesters, die gleichzeitig ein Konzert in der Gigelberghalle gehabt hätten, Stimmung gemacht werde. Das Ordnungsamt habe mit Unterstützung von OB Zeidler die Veranstaltung untersagt, was gut gewesen sei. Er bittet in jedem vergleichbaren Fall wieder so zu handeln. Man dürfe nicht musizierende Jugendliche als Spaßbremse bezeichnen. Diese Stimmungsmache mache ihm Sorge.

Gemeinderat, 21.03.2013, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Zeidler

Stadtrat:

Hagel

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann